18. Wahlperiode 02.04.2014

Antrag

der Abgeordneten Jörn Wunderlich, Halina Wawzyniak, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Sigrid Hupach, Cornelia Möhring, Harald Petzold, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Alleinerziehende entlasten - Unterhaltsvorschuss ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Unterhaltsvorschuss ist ein sinnvolles Instrument, um Alleinerziehende und ihre Kinder auch bei ausbleibenden Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils finanziell zu unterstützen. Durch das Höchstalter von 12 Jahren und der maximalen Bezugsdauer von 72 Monaten wird vielen Familien diese Leistung jedoch vorenthalten. Auch die volle Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss ist ungerecht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der folgende Punkte umsetzt:

- das höchstmögliche Bezugsalter des Unterhaltsvorschusses (§ 1 Absatz 1 Nummer 1des Unterhaltsvorschussgesetzes – UVG) wird von der Vollendung des 12. auf die Vollendung des 18. Lebensjahres ausgeweitet,
- 2. die Begrenzung der höchstzulässigen Gesamtdauer des Leistungsbezuges auf 72 Monate (§ 3 UVG) wird gestrichen und
- 3. das Kindergeld wird wie bei regulärer Unterhaltsleistung lediglich hälftig anstatt voll auf die Leistungen des Unterhaltsvorschusses angerechnet.

Berlin, den 1. April 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion